



Pressemitteilung

Allianz für Lobbytransparenz und ethische Regeln (ALTER-EU)

11. Mai 2015

Über 100 Nichtregierungsorganisationen fordern verpflichtendes EU-Lobbyregister

Über 100 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben dem für das EU-Lobbyregister zuständigen EU-Kommissar und Vizepräsidenten Frans Timmermans heute einen Brief gesendet. Darin fordern sie ihn auf, schnellstmöglich ein verpflichtendes und EU-Lobbyregister mit hochwertigen Daten einzuführen.

Verfasst hat den Brief die Allianz für Lobbytransparenz und ethische Regeln (ALTER-EU), ein Netzwerk aus etwa 200 zivilgesellschaftlichen Gruppen, in dessen Lenkungsausschuss unter anderem LobbyControl sitzt. Unterstützt wird er auch von der „European Parliament Intergroup on Integrity“ (eine Intergroup im Europäischen Parlament entspricht in etwa einer Parlamentariergruppe oder interfraktionellen Arbeitsgruppe im Bundestag).

In dem Brief fordern wir die EU-Kommission auf, durch das Lobbyregister Möglichkeiten für unethische Lobbyarbeit einzuschränken. Auch soll es ein Mittel sein, Zugang zu und Einfluss auf den europäischen Entscheidungsprozess besser überprüfen zu können – und langfristig zu einem ausgeglicheneren Zugang verschiedener Interessen zu kommen. Immer noch sind die Interessen von Großunternehmen in Brüssel besonders stark repräsentiert und genießen häufig privilegierte Zugänge.

Pam Bartlett Quintanilla, Campaignerin bei Access Info Europe, ein Mitglied im ALTER-EU-Lenkungsausschuss, erklärt: „Das EU-Lobbyregister hat immer noch immense Schwächen. Kommissions-Vizepräsident Timmermans hat ein verpflichtendes Lobbyregister versprochen, aber seine Vorschläge sind nicht verpflichtend für Lobbyakteure. Als Sofortmaßnahme sollten Treffen zwischen nicht-registrierten Lobbyisten und allen Kommissions-Beamten unterbunden werden, nicht nur die mit den Kommissaren und ihren Kabinetten. Auch brauchen wir gesetzliche Maßnahmen, die dafür sorgen, dass die Informationen im Register korrekt und komplett sind, und dass es strenge Sanktionen gibt, falls dagegen verstoßen wird.“

Natalia Alonso, stellvertretende Direktorin bei Oxfam, erklärt: „Ein verpflichtendes Lobbyregister würde helfen, den Einfluss auszugleichen, den wohlhabende Eliten im Vergleich zu Vertretern öffentlicher Interessen über den politischen Entscheidungsprozess haben. Die EU muss den Menschen den mächtigen Interessen Weniger voranstellen.“

Jan Willem Goudriaan, Generalsekretär der Europäischen Vereinigung der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (Epsu), ergänzt: „Ein gut ausgestattetes System zur Registrierung von Lobbyakteuren ist nötig, um Transparenz zu gewährleisten und den dominanten Einfluss von „Corporate Europe“ (oder: des Europäischen Unternehmertums) zurückzudrängen und die Demokratie in Europa wiederherzustellen.“

ALTER-EU und die 113 Unterzeichnenden haben die Kommission vor allem aufgefordert:

- Sofort ihr Verbot von Treffen mit unregistrierten Lobbyisten auszuweiten, so dass es alle Mitarbeiter betrifft. Damit könnten die Registrierungen extrem ansteigen,
- ausführliche Vorschläge zu machen, welche zusätzlichen und präzisen Informationen ins

- Register müssen, darunter genaue Angaben, an welchen Vorlagen gearbeitet wird,
- sich zu einem offenen und transparenten Prozess zur Verbesserung des EU-Lobbyregisters bereit zu erklären, zu denen substanzielle Möglichkeiten für BürgerInnen und Zivilgesellschaft gehören, sich einzubringen,
- die Ressourcen, die auf den Transparenzbereich verwendet werden, zu erhöhen, damit das Monitoring und die Durchsetzung der Regeln weit effektiver werden
- die Perspektive eines Lobbyregisters, das für die Lobbyakteure bindend ist und daher eine rechtliche Grundlage bräuchte, in die interinstitutionelle Vereinbarung mit aufzunehmen, für den Fall dass die Idee des de-facto-verpflichtenden Registers nicht ausreichend erfolgreich ist

Die zivilgesellschaftlichen Gruppen begrüßen die Schritte, die Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker unternommen hat, um die Lobbytransparenz auf EU-Ebene zu erhöhen, allen voran das Verbot für KommissarInnen und ihre Kabinette, sich mit nicht registrierten Lobbyakteuren zu treffen. Da dieses Verbot aber bisher nur 300 KommissionsmitarbeiterInnen trifft – gegenüber der Gesamtzahl von 33.000 MitarbeiterInnen, geht diese Maßnahme nicht weit genug, wenn die Kommission mit de-facto Maßnahmen den bindenden Charakter des Registers sicherstellen will.